



Worldwide. 30 Jahre GTZ. Partner für Perspektiven. Weltweit. 30 Years GTZ. Partner for t

Im Blickpunkt

Stadtmanagement

Panorama

Uganda:

Dezentral auf Draht

Usbekistan:

Brennpunkt Brutgebiet

Bolivien:

Bio-Hunter mit Renditegespür



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

**Heidmarie
Wieczorek-Zeul,**

Bundesministerin für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Armut in den Entwicklungsländern wird zunehmend urban. Schon heute lebt fast die Hälfte der Armen in Städten. Von den zwei Milliarden Menschen, die bis 2030 zur gegenwärtigen Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen hinzukommen – fast ausschließlich in den Entwicklungsländern –, werden 90 Prozent in Städten leben. Ob die UN-Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden, entscheidet sich daher auch in den Städten, vor allem in ihren informellen Siedlungen und Slums.

Die Entwicklungspolitik muss sich daher in Zukunft noch mehr den Städten zuwenden. Nicht nur, weil sie Brennpunkte von Armut, Krankheit und täglicher Gewalt vor allem gegenüber Frauen und Mädchen sind; sondern auch, weil sie Chancen für einen Ausweg aus der Armutsspirale bieten. Nicht zufällig sind Bangalore in Indien, Curitiba in Brasilien, Chengdu in China Symbole für einen Aufstieg zu wirtschaftlich starken Zentren und lebenswerten Kommunen. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Städte wirkt weit in die ländlichen Regionen hinein und bietet Millionen von Menschen eine Perspektive.

Die Urbanisierung hat auch ihre Kehrseite: Verschmutzung von Luft und Wasser und ein hoher, häufig wenig effizienter Energieeinsatz sind Folgen eines oft hektischen Wachstums, dem sich Stadtplanung und Infrastrukturausbau stellen müssen. Die Entwicklungspolitik unterstützt eine nachhaltige Stadtentwicklung, die neue Spielräume öffnet für Wirtschaft und Beschäftigung und die oft unerträglichen Lebensbedingungen verbessern hilft: durch sicheres Trinkwasser auch in Slums, durch hygienische Sanitärversorgung, um Krankheiten einzudämmen, sowie durch umweltverträglichen Verkehr und eine Abfallwirtschaft, die die Wiederverwertung ausbaut.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz spielen dabei eine zentrale Rolle. Dies wird besonders in China deutlich, wo das Wachstum der Städte einen enormen Zuwachs des Energieverbrauchs zur Folge hat. Die Internationale Konferenz renewables 2004 in Bonn hat einen Impuls für eine Energiewende erzeugt, der bis nach China wirkt: Das Land will als Beitrag zum Internationalen Aktionsprogramm seinen Anteil an erneuerbarer Energie bis 2010 auf zehn Prozent erhöhen.

Das zeigt: Wir haben mit unserer Entwicklungspolitik erkannt, vor welchen globalen Herausforderungen wir stehen und mit welchen Programmen wir zu deren Lösung beitragen können. Auf diesem Weg werden wir voranschreiten – um in der Armutsbekämpfung und in der gerechten Gestaltung der Globalisierung verlässlich für unsere Partner in den Entwicklungsländern zu bleiben.

Heidmarie Wieczorek-Zeul

Die Stadt von morgen 2005

Brennpunkt
Faszination
Chance

Das Jahrtausend der Städte ist angebrochen. Mehr als zwei Drittel der Menschen wird im Jahr 2030 in urbanen Strukturen leben.

Internationale Konferenzen richten deshalb in den kommenden Monaten und Jahren den Blick auf die Aufgaben, die das stetige Wachstum der Städte mit sich bringt.

Im Mai kommen politische Entscheider aus rund 400 Haupt- und Millionenstädten zum Weltkongress Metropolis 2005 nach Berlin. Im nächsten Jahr lädt Vancouver zum World Urban Forum ein, das den 1996 in Istanbul auf der UN-Konferenz Habitat begonnenen Dialog fortsetzt. Die Organisatoren der EXPO 2010 in Shanghai haben das Thema Stadt ebenfalls auf die internationale Agenda gehoben. Ihr Motto: Better City, better Life. Die GTZ macht die Stadtentwicklung zum Jahresthema 2005 und fördert den internationalen Fachdialog mit ihrer Expertise aus rund 30-jähriger Erfahrung mit diesem Thema. In mehr als 100 Projekten unterstützen Entwicklungsfachleute, meist im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, derzeit integrierte Lösungsansätze für städtische Probleme.

Die Technische Zusammenarbeit verbessert die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige urbane Räume. Diese Arbeit steht im Zeichen der Millenniums-erklärung der Vereinten Nationen, denn ob die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden, wird sich auch in den Städten und urbanen Räumen entscheiden. In Publikationen, Diskussionen und internationalen Konferenzen kommt die GTZ mit Fachleuten ins Gespräch, die Impulse für die Stadt von morgen geben können. Zu den Eschborner Fachtagen der GTZ im Juni sind rund 400 nationale wie internationale Stadtexperten eingeladen. Den Auftakt zum Jahresthema 2005 „Brennpunkt – Faszination – Chance: Die Stadt von morgen“ bildet das Schwerpunktthema Stadtmanagement in dieser Ausgabe von Akzente. ➔

Mehr zum Thema Stadtentwicklung erfahren Sie im Internet unter:
www.gtz.de/Jahresthema

Authentis Alltag



Paul Hahn | Text und Fotos

Die Altstadt von Aleppo ist ein architektonisches Gesamtkunstwerk. Doch nicht Kunsthistoriker sollen sich nach ihrer Renovierung darin wohlfühlen, sondern die Aleppiner selbst. In Scharen verließen sie einst das historische Zentrum. Ein Stadtentwicklungsplan führt sie in funktionierende Strukturen zurück.

cher



Jamal al Jaber blickt am renovierten Mauerwerk entlang in die Höhe. Dort klafft ein schwarzes Loch, mit schwerem Gerät brachial in die Westwand gestemmt. Und das in der als Denkmal geschützten Shibani-Schule, dem künftigen Kulturzentrum, einem seiner Lieblingsorte!

Täglich kommt der GTZ-Experte in die von den Franziskanern im frühen 19. Jahrhundert gebaute Schule und überwacht die Sanierungsarbeiten. Manchmal reicht die Zeit für einen Bittermokka mit Adnan Ghrewati, der im renovier-

ten Ostflügel Besucher durch eine Ausstellung mit dem Thema: „Die Rettung der Altstadt von Aleppo“ führt. Doch nun ist keine Zeit fürs Kaffeetrinken: Jamal ruft per Handy Baupolizist George Kashok vom Altstadtdezernat sofort zur Schule, er befürchtet sogar Einsturzgefahr. Jamal will kein Risiko mehr eingehen. Das haben andere getan, vor seiner Zeit als Bauleiter. Ein Bauunternehmer ließ im Dezember 2003 seine Arbeiter nahezu gleichzeitig die hölzernen Zwischendecken im maroden Nordflügel entfernen, ohne dabei an die Statik zu denken. Die 13 Meter

hohe Wand stürzte ein. Schwere Kalksteinquader erschlugen vier Arbeiter und verletzten drei schwer.

Eine Toilette wolle der benachbarte Textilhändler im ersten Stock seiner ehemaligen Karawanserei einbauen, erfährt George von den Arbeitern. Durch das Loch sollten die Abwasserrohre entlang der gemeinsamen Wand nach unten geführt werden. Als die Arbeiter keine Baugenehmigung zeigen können, macht der Baupolizist kurzen Prozess: Er schnappt sich den Bohrhämmer und die Werkzeugkiste und schickt die Arbeiter

Bewährtes Handwerk: Im Judeida-Viertel der Altstadt von Aleppo arbeitet ein Steinmetz an der Restaurierung eines osmanischen Palastes.

nach Hause. Währenddessen will der Textilhändler dem GTZ-Fachmann Jamal am Telefon weismachen, dass die Toilette im ersten Stock historisch sei. Schon immer dagewesen! Und daher auch renoviert werden dürfe. Der Händler kann nicht ahnen, dass Jamal sich in der Geschichte der Altstadt und ihren Gebäuden auskennt wie kaum ein Zweiter: „Wir werden die Wand noch heute auf Ihre Kosten wieder aufbauen“, beendet Jamal das Gespräch.

„Viele Leute interessiert der historische Wert eines Gebäudes nicht. Alte osmanische Paläste werden als Lager genutzt; was stört, wird abgerissen“, beklagt Jamal eine Einstellung, die mit zum Niedergang der Altstadt führte – einer Stadt, die 2000 Jahre lang im Norden Syriens ein Handelsknoten zwischen Europa und Asien war. Kamelkarawanen brachten Gewürze, Porzellan und Seide aus dem Orient und auf dem Rückweg afrikanisches Elfenbein, europäische Gold- und Silberwaren nach Asien. Aleppo war eine blühende Handelsmetropole unter der rund 400-jährigen Herrschaft der Osmanen.

Ein orientalischer Traum, dessen Bedrohung vor rund 50 Jahren begann.

Exodus aus der Altstadt

Als Kind kamen Adnan Ghrewati die Gassen der Altstadt eng, dunkel und unheimlich vor. So freute er sich über den Umzug in die Neustadt auf den Hügel am Stadtrand. „Endlich konnte ich im Freien Fußball spielen.“ Damals verließen viele wohlhabende Aleppiner Familien ihre lichten Innenhofhäuser: Jahrhundertalte Familiensitze hinter mit Eisen beschlagenen Portalen und hohen, im Sommer kühlenden Wänden, verziert mit kunstvollen Steinornamenten. Um die Brunnen in den Innenhöfen blühten Jasmin und Rosen. Aber die Altstadtbewohner drängten in die Moderne und zogen in Mehrfamilienblocks aus Beton mit Strom und fließendem Wasser.

Bis 1993 gingen rund 100 000 Menschen; etwa die Hälfte der Altstadtbewohner. Zurück blieben die Armen. Wo zuvor eine reiche Familie großzügig wohnte, drängen sich heute bis zu vier Familien. Ihr Geld reicht nicht, um die

Häuser instand zu halten. Händler stapeln verlassene Paläste voll mit Stoffballen, Gewürzen oder billigen Schuhen aus Fernost. Ihre Kleinlaster verstopfen laut hupend die Gassen. Abwasser aus brüchigen Wasserleitungen machten die Fundamente mürbe. Gebäude bekamen Risse, stürzten ein.

Mit einem neuen Stadtentwicklungsplan des Franzosen Gutton sollte 1952 in der 5000 Jahre alten Stadt das damalige Verständnis von Moderne Wirklichkeit werden: großzügige Boulevards nach Pariser Vorbild, Licht und Luft in den alten Quartieren und neue, mehrstöckige Gebäude. Bis 1978 hatten sich die Bulldozer in drei bis zu 50 Meter breiten Schneisen durch rund 20 Prozent der Altstadt gefressen, dabei 700 Häuser platt gemacht. Hochhäuser schossen aus dem Boden entlang der neuen Straßen und teilten ganze Nachbarschaften. Was damals noch nicht absehbar war: Einer lauten, stinkenden und nicht endenden Karawane aus Blech wurde der Weg gebahnt. Weitere 1000 Häuser waren bedroht.

Schließlich stemmten sich die „Freunde von Aleppo“, Aleppiner Bürger sowie Kunsthistoriker aus



Deutschland und Frankreich, gegen den weiteren Abriss. Sie formulierten den Antrag an die UNESCO, die Altstadt als Kulturerbe der Menschheit anzuerkennen. Der Bericht der UNESCO kam zu einem vernichtenden Urteil über die Baumaßnahmen in der Stadt. 1979 gelang es den „Freunden von Aleppo“, nun von der UNESCO gestärkt, den Masterplan außer Kraft zu setzen und die weitere Zerstörung der Altstadt zu stoppen. 1986 wurde die Altstadt Aleppos, als ein seltenes Zeugnis einer orientalischen Stadt mit mittelalterlichem Charakter und aller Vernachlässigung zum Trotz noch voller Leben, in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Die Rettung konnte beginnen.

Lebendiges Denkmal

Die GTZ unterstützt die Rehabilitation der Altstadt seit 1993 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Meinolf Spiekermann, der Leiter des GTZ-Teams im syrisch-deutschen Projekt, hat das Ziel klar vor Augen: „Wir müssen die Wohn- und

Lebensbedingungen der Menschen verbessern und so dafür sorgen, dass nicht noch mehr Leute die alten Viertel verlassen. Nur so kann der historische Stadtkern überleben. Auf keinen Fall soll hier ein Freilichtmuseum oder ein orientalisches Disneyland entstehen mit renovierten Gebäuden – aber ohne Leben.“

In der Praxis hieß das: Soforthilfe für die meist armen Bewohner der rund 3000 vom Einsturz bedrohten Häuser. Kostenlose Beratung von Architekten und zinslose Kleinkredite bis zu einer Höhe von 3000 Dollar bewirken kleine Wunder. So konnte das auf 15 Jahre angelegte Projekt mit einem Etat von rund zehn Millionen Euro bei der Sanierung von rund 650 Wohnhäusern helfen. Bis 2008 soll jedes zehnte der rund 10 000 Häuser saniert sein. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Image der Altstadt verbessert wird und die Leute wieder Vertrauen in die Stadt haben“, nennt Meinolf Spiekermann ein weiteres Ziel des Projekts.

Inzwischen arbeiten 70 Mitarbeiter im neuen Altstadtdezernat, das in einem großzügig angelegten ehemaligen Wohnhaus, Seif Al

Dawlah, untergebracht ist. Vor nicht langer Zeit war das Gebäude noch eine Ruine. Im jetzt renovierten Innenhof-Palast mit Brunnen und Orangenbäumen hat auch die GTZ ihr Büro. Zusammen mit den Planern des Altstadtdezernates hat Meinolf Spiekermann einen neuen Stadtentwicklungsplan erarbeitet.

„Jetzt wissen die Einwohner, wo künftig Hotels und Gasthäuser entstehen können oder wo sie ungestört wohnen können – ungestört von neugierigen Touristenblicken, die gerne von Dachterrassen die Innenhöfe erforschen und dabei die einheimischen Frauen stören“, sagt Stadtplaner Spiekermann. Die verbindliche Bauleitplanung gibt auch den Handwerkern Sicherheit. Sie wissen nun, in welchen Vierteln ihre Werkstätten eine Zukunft haben. Die Fassadengestaltung, die Baumaterialien und die Bauhöhe sind ebenfalls im Plan festgelegt. Besonderen Wert legt man im Projekt darauf, dass die Wasser- und die Abwasserentsorgung verbessert werden – eine schweißtreibende Arbeit in den engen, mit schweren Basaltsteinen

►►►

Leben im Denkmal:
Im Innenhof der Shibani-Schule (oben) bespricht GTZ-Mitarbeiter Jamal Al Jaber die nächsten Schritte der Restaurierungsarbeiten. In den Suqs rund um die Zitadelle der historischen Altstadt soll wieder authentischer Alltag einziehen.





Infrastruktur:
Beim Tor Bab al Maqam
werden neue
Wasserrohre gelegt.

gepflasterten Gassen, die meist zu eng für einen Bagger sind. Auch Presslufthämmer sind tabu: Die Erschütterungen wären zu gefährlich für die maroden Häuser. Inzwischen sind rund die Hälfte aller Wasser- und Abwasser-

leitungen in den Gassen mit einer Länge von rund 300 Kilometern ausgetauscht.

Sanfter Tourismus

So verbessert sich langsam das Image der Altstadt.

„Neunzig Prozent der Bewohner, die einen Kleinkredit zur Hausrenovierung erhalten haben, leben immer noch in der Altstadt. Das ist ein großer Erfolg“, freut sich Meinolf Spiekermann. Zufrieden sind auch die Händler, für die der Exodus aus der Altstadt einen Schwund an Kunden bedeutete. Nun läuft ihr Geschäft im zwölf Kilometer langen Suq wieder; in den schier endlosen Ladengässchen hinter dicken Mauern, Gewölben und hohen Kuppeln, die das grelle und heiße Licht des Tages milde stimmen. Im Halbdunkel schieben sich schwarz verschleierte Frauen neben in weite Jalabas gewandeten Männern vorbei an duftenden

Gewürzen, streng riechenden Hammelhälften und hohen Stapeln Aleppiner Olivenseife. Dazwischen leuchten kleine Moscheen in grünem Licht, der Farbe des Propheten. Mit Säcken schwer beladene Esel kämpfen sich durch die Menschenmenge, und überall feilschen laut die Händler.

Wo die Einheimischen ihren Alltag leben, sollen sich auch die Touristen wohlfühlen. Eine Studie der Stadt Heidelberg, Aleppos Beraterin in Sachen Tourismus, ergab: „Touristen wollen Tradition und Echtheit“. Ein spektakulärer Fund auf der Zitadelle lässt die Stadt hoffen, dass sie den künftigen Besuchern diesen Wunsch noch besser erfüllen kann. Auf dem Hügel, wo die Burg über der Altstadt thront, gruben sich Archäologen aus Berlin durch 5000-jährige Schichten osmanischer, byzantinischer, römischer, hellenischer und hethitischer Besiedelung und fanden einen Tempel aus hethitischer Zeit, rund 3000 Jahre alt. Tonnen schwere Reliefs mit Götterbildern, für die Ewigkeit in Basalt gemeißelt und bestens erhalten, üben auf Kunstliebhaber eine besondere Anziehung aus.

Zu viele Touristen könnten der Stadt jedoch schaden; dafür gebe es auf der Welt genügend Beispiele, meint Meinolf Spiekermann. In Jedeide, dem traditionellen Christenviertel aus dem 13. Jahrhundert, entstehen derzeit neue Hotels. Aber sie sollen klein ausfallen. So will es der neue Flächennutzungsplan für neue Unterkünfte und Gästehäuser im Altstadtkern. Im Hotel Martini, einem ehemaligen Palast aus mehreren Innenhofhäusern, werden die Gäste künftig eine Vorstellung von orientalischer Lebensweise bekommen, wenngleich manches ein wenig bequemer ist als damals. Wer zur Toilette möchte, muss nicht mehr über den dunklen und im Winter eiskalten Innenhof gehen, sondern findet das WC gleich eine Tür weiter.

Anders als beim Nachbarn der Shibani-Schule ist dieser Toilettenbau vom Altstadtdezerat abgesegnet. Als ein Tribut an die Moderne. 

Paul Hahn ist Fotograf und freier Journalist in Berlin.

Integrierte Sanierung

Die Lage	Die Altstadtbewohner der syrischen Stadt Aleppo erleben seit Mitte der 50er Jahre den Verfall historischer Bausubstanz und sozialer Strukturen.
Das Ziel	Bessere Lebens- und Standortbedingungen für Bewohner und lokale Wirtschaft.
Das Konzept	Beratung des städtischen Managements beim Prozess einer integrierten Sanierung.
Die Partner	Stadtverwaltung, Träger öffentlicher Belange und die Bevölkerung.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur Sanierung und Entwicklung der Altstadt von Aleppo über einen Zeitraum von 14,5 Jahren mit zehn Millionen Euro.



Konzepte ohne Abrissbirne

Christiane Kühl | Text und Fotos

Yangzhou will Ökostadt werden. Prozessberater der GTZ unterstützen die Millionenstadt dabei. Als eine der Ersten in China hält sie sich an das Programm Eco City. Seit Ende der 90er Jahre setzt das Konzept Maßstäbe: für eine umweltgerechte Stadtentwicklung und für den Erhalt kultureller Werte.



Die Gasse ist eng und schnurgerade. An ihren Seiten ziehen sich graue Mauern entlang. Durch eine schwere Holztür geht es in den Hof von Sheng Jinrong. Einstöckige Wohnhäuser mit geschwungenen Dächern rahmen den Innenhof ein. Sheng isst gerade Fleisch mit Reis und Tofu zu Mittag. Die Küche mit Gasherd und

das Becken, in dem er den Wok mit kaltem Wasser spült, liegen im Freien. Das Abwasser läuft in ein Loch im Boden und sickert ins Erdreich. Bei einigen Nachbarn fließt das Schmutzwasser durch ein Loch in der Außenwand direkt auf die Straße, wo es sich den nächsten Gully sucht. Unter den Gassen fließt ein veralteter Abwasserkanal. ▶▶▶



Sanfte Eingriffe:
Ein neuer Straßenbelag,
darunter ein funktionie-
rendes Leitungssystem:
So sehen praktische
Sanierungsschritte aus,
die radikale Einschnitte
in gewachsenen
Stadtgebieten
vermeiden sollen (oben).
Der marode Straßenzug
(unten) ist als
nächstes dran.

Theoretisch könnte Sheng sein Waschbecken da anschließen. Doch das müsste er selber zahlen. „Das wollen wir uns nicht leisten“, sagt er.

Alltag in der Altstadt von Yangzhou, einer Stadt mit 1,1 Millionen Einwohnern nahe dem Yangtse-Strom. Die Abwasserentsorgung ist rudimentär. Nicht nur hier: Quer durchs Land ist die Infrastruktur der chinesischen Altstädte überlastet und oft veraltet.

Nach Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 und besonders auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution Ende der 60er Jahre wurden die Besitzer der Hofhäuser enteignet. Zahlreiche Neubewohner zwängten sich in die Bauten. In den Innenhöfen bauten sie Backsteinbaracken für mehr Wohnraum. Die meisten Häuser, wie das von Sheng, gehören dem Staat. Auch das hält den 62-Jährigen von Investitionen ab. Wer steckt schon gerne viel Geld in fremdes Eigentum? Vor allem, wenn die Zukunft ungeklärt ist. „Die Menschen renovieren ihre Häuser nicht, wenn sie fürchten, dass sie abgerissen werden“, sagt Hans-Jürgen Cassens, der Leiter des GTZ-Teams im chinesisch-deutschen Projekt zur umwelt-

gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Seit knapp zwei Jahren beraten er und seine Mitarbeiter die Regierung der Stadt Yangzhou. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geht es darum, Stadtentwicklung und Sanierung als Prozess zu betrachten, statt auf schnelle Lösungen zu setzen.

Konzept „Eco City“

In vielen Städten Chinas fallen ganze Altstadtzüge der Abrissbirne zum Opfer. Einige werden neu aufgebaut. Eine Anlehnung an alte Baustile und Maßstäbe ist erwünscht, doch entstehen stattdessen Einkaufszentren oder riesige Wohnburgen. Die Stadt Yangzhou dagegen sucht einen Weg, die Bausubstanz umweltgerecht zu modernisieren und damit die gewachsenen sozialen Strukturen zu erhalten. Die Stadt war eine der ersten in China, die zusammen mit Wissenschaftlern einen Plan für das Ende der 90er Jahre entworfene Eco-City-Konzept der nationalen Umweltbehörde SEPA entwarf.

Berater Richard Schmidt durchkämmt die engen Gassen. Er muss herausfinden, wo sich überhaupt bereits Abwasserkanäle befinden. Der Entwässerungsexperte aus Deutschland fotografiert Schachtdeckel, Abflüsse und Brunnen. Viele Hauswände sind feucht. „Das frei ablaufende Abwasser steigt in den Wänden hoch“, sagt Schmidt. Ohne ein modernes Entsorgungssystem seien die Häuser nicht dauerhaft instand zu setzen.

In Technischer Zusammenarbeit entsteht derzeit ein Konzept zur behutsamen Sanierung von Teilen der Altstadt. Einige auffällige Baracken sollen Grünflächen weichen. Kleinfabriken, die leer stehen, sollen zu Wohnflächen umgebaut werden. Das Konzept wird den Stadtvätern Anfang 2005 vorgestellt. Aufgabe der Politik wird es sein, die nötige Infrastruktur zu errichten; darunter ein Leitungssystem zur Abwasserentsorgung. Denn der Plan, an dem die GTZ mitwirkt, beinhaltet, dass alle Althäuser langfristig Toiletten bekommen. Noch sind die Bewohner auf kommunale Bedürfnisanstalten angewiesen. „Nimmt die Stadt das Konzept an, muss sie garantieren, dass die vom Pilotprojekt eingerichtete Infrastruktur später nicht wieder abgerissen wird“, sagt die für Gebäudeplanung zuständige Architektin Wang Fang und fügt hinzu: „Die Stadt muss dahinterstehen!“

Das chinesisch-deutsche Projekt möchte schließlich beispielhafte Lösungen entwickeln, die sich später auf andere Regionen übertragen lassen. Für diesen Fall loten die Stadt Yangzhou und ihr Partner GTZ bereits Möglichkeiten zur Finanzierung aus.

Nachhaltige Urbanisierung

Yangzhou liegt in der ostchinesischen Provinz Jiangsu im Delta des Yangtse, einer der reichsten und am dichtesten bevölkerten Regionen des Landes. Das „Land von Reis und Fisch“ wird Jiangsu genannt, wegen seiner zahllosen randvollen Kanäle, Teiche und fruchtbaren Böden. Der Wirtschafts-

boom, neue Vorstädte und Entwicklungszonen drängen die Felder jedoch immer weiter zurück.

Nachhaltige Urbanisierung ist deswegen eine der dringendsten Aufgaben in China. Politisch gewollt, nimmt die Verstädterung im ganzen Land rasant zu. Die familiäre Parzellenwirtschaft auf dem Land weicht zusehends größeren Agrareinheiten. Millionen überschüssiger Landarbeitskräfte benötigen ebenso neue Jobs wie die ehemaligen Angestellten geschlossener Staatsbetriebe. Wegen des anhaltenden Bevölkerungswachstums wächst außerdem die Zahl der Berufseinsteiger. Der Andrang Arbeit suchender Menschen lässt sich überhaupt nur dann ansatzweise bewältigen, wenn neue Jobs in den Branchen Industrie und Dienstleistungen geschaffen werden. Damit das gelingen kann, muss die Urbanisierung vorangetrieben werden. Derzeit leben bereits 520 Millionen Chinesen in Städten. Bis 2020 werden es wohl weit mehr als 750 Millionen werden.

Die Städte stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Menschen brauchen Wohnungen, Energie und Wasser. Steigender Wohlstand erhöht die Nachfrage noch. In den entwickelten Küstenregionen schießen neue Apartmentsiedlungen aus dem Boden. Toilettenspülungen, Duschen und Klimaanlage gehören dort zum Standard. Vielerorts sind die Abwässer aus Haushalten und Firmen nur unzureichend geklärt. Alle sieben großen Flusstäler des Landes sind bereits stark belastet. Der Bau von Kläranlagen stockt, weil das Geld fehlt. Das Problem wird sich mit wachsender Größe der Metropolen weiter verschärfen. Ohne nachhaltige Stadtentwicklung drohen der Umwelt großer Schaden und der Rohstoffversorgung der Zusammenbruch. Und dennoch: Der Umweltschutz gilt bei vielen weiterhin als Luxus reicher Länder.

„Chinesische Städte treiben die Urbanisierung im Wettbewerb um das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum voran“, sagt Cassens. Chinas Planer entwerfen professionelle Grundlagenpläne, zum Beispiel zur Straßenführung. Statt kleinerer Flächen werden jedoch riesige Areale an die Bauunternehmen vergeben. Die Folge: Ganze Straßenzüge erstarren in architektonischem Einheitsbrei. Chinas Städte gleichen sich immer mehr an, besonders die Vorstädte mit ihren



hochsprießenden Wohnsilos. „Innovative Lösungen sind selten“, sagt Cassens. Da sei viel Überzeugungsarbeit nötig. In Kooperation mit der Tongji Universität in Shanghai will die GTZ deshalb noch in diesem Jahr dreimonatige praxisorientierte Kurse für chinesische Stadtplaner anbieten.

Dezentrale Entsorgung

In Changzhou, einer Nachbarstadt von Yangzhou, leben ebenfalls mehr als eine Million Menschen. Im Vorort Houyu entsteht demnächst eine Kläranlage zur dezentralen Abwasserentsorgung. Der Kläranlagentyp funktioniert mit Pflanzen. Das Grauwasser sickert durch eine bepflanzte Filterschicht aus Sand. Bei der Passage des Abwassers durch die Sandschicht finden an den Sandpartikeln Abbauprozesse statt, die das Wasser reinigen. Die Wurzeln von Schilf, Binsen und ähnlichen Wasser- und Sumpfpflanzen schaffen Hohlräume, die das Grauwasser leichter in den Boden eindringen lassen.

Die Lokalpolitiker haben die Gelder für diese Kläranlagen soeben bewilligt. Viel Überzeugungs-



Blick fürs Typische: Nachbarliche Atmosphäre und kleine architektonische Besonderheiten wie der Dachgiebel auf dem unteren Foto sollen in Yangzhou möglichst erhalten bleiben. Viele offene Küchen in den Hinterhöfen (Foto links) müssen erst noch an ein Abwassernetz angeschlossen werden.





Ausgewogener Prozess

Die Lage	Hoher Ressourcenverbrauch und schnelle, aber kurzlebige Wege in Umweltschutz und Stadtentwicklung kennzeichnen die rapide Urbanisierung in China.
Das Ziel	Die städtische Bevölkerung profitiert von einem sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogeneren und effizient gestalteten Urbanisierungsprozess.
Das Konzept	GTZ-Berater unterstützen Bemühungen um eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung in zwei Millionenstädten auf der Grundlage des Eco-City-Konzepts des chinesischen Umweltministeriums.
Die Partner	Fach- und Führungskräfte der Stadtregierungen, der Provinzregierung der Jiangsu Provinz sowie die regionalen Universitäten.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur umweltgerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung in China bis 2007 mit fünf Millionen Euro.

arbeit war dazu nötig. Schließlich kostet die kleine Anlage pro Kopf mehr als eine Großkläranlage. Doch würde ein kleiner Vorort wie Houyu mit ein paar tausend Einwohnern niemals an eine zentrale Anlage angeschlossen werden können, sagt GTZ-Berater Josef Tränkle, der das Projekt vor Ort betreut, und ergänzt: „Aber es ist wichtig, für die städtischen Randgebiete ebenfalls langfristige Lösungen zu finden.“ Houyu kann sich das Projekt nur leisten, weil die Kommune sich durch Baum-schulen und die Zucht von Topfpflanzen einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet hat. Bisher laufen die Abwässer aus der Kanalisation oder direkt in die zahlreichen Teiche des Gebiets. Im Sommer breiten sich so regelmäßig Algen aus, lassen die Gewässer kippen und verwandeln sie in eine unbrauchbare, stinkende Brühe. Die Menschen werfen ihren Hausmüll zudem oft unbedacht in die Natur.

Josef Tränkle will deshalb ein Konzept für besseres lokales Abfallmanagement entwerfen. Mülltonnen ersetzen darin die stinkenden, nur sporadisch entleerten Müllhäuschen, die vor Unrat überquellen. Wenn nicht mehr überall der Müll herumliege, steige die Hemmschwelle, alles einfach wegzwerfen, hofft er. Tränkle: „Wir wollen die Menschen einbeziehen, damit sie sich verantwortlich fühlen.“ Aus dem gleichen Grund sitzt Hans-Jürgen Cassens mit seinen lokalen Partnern an Plänen für ein Umwelt-Informationszentrum in den beiden Städten.

Die Vorteile einer nachhaltigen Entwicklung sind am besten zu vermitteln, wenn die Menschen sie persönlich spüren. Eine Kernaufgabe der Altstadt-sanierung in Yangzhou ist es daher, die sozialen Strukturen zu erhalten. In der Hauptstadt Peking wurden Hunderttausende Altstadtbewohner nach dem Abriss ihrer Hofhäuser in anonyme Vorstädte umgesiedelt. Wo restauriert wird, sind die neuen Mieten oft zu teuer. Viele verlieren ihre Lebensgrundlage auch deshalb, weil in den Neubaugebieten große Kaufhäuser und Supermärkte das traditionelle Kleingewerbe verdrängen, das in den engen Gassen Tradition hatte: Nudelshops oder Kioske. „Siebzig Prozent der Menschen in der Altstadt von Yangzhou möchten trotz mangelnder sanitärer Einrichtungen lieber dort wohnen bleiben“, zitiert Architektin Wang eine Studie.

„Es ist bequem hier, weil wir direkt im Zentrum wohnen“, bestätigt Sheng. Er kennt seine Nachbarn. Im Sommer sitzen die Bewohner stundenlang auf Holzstühlen in den Gassen, reden oder spielen Karten. Die Kinder sind weggezogen, weil die Stadtregierung durch Umsiedlung die Bevölkerungsdichte im Zentrum senken will. Letztere wird auf natürliche Weise weiter abnehmen, weil unter den Zurückgebliebenen viele Rentner sind. Eine neue Generation wird bessere Bedingungen vorfinden, sich in den alten Gassen moderner einzurichten. ☺

Christiane Kühl hat als Korrespondentin für mehrere Publikationen in Peking ihren Standort.



Peter Palesch,
Strategieplaner bei Cities Alliance.

Mehr als 145 Städte haben sich bisher weltweit in der Cities Alliance zusammengeschlossen. Gemeinsam mit ihren Entwicklungspartnern stellt der Verbund mit Sitz in Washington die städtische Armutsminderung in den Mittelpunkt. Akzente sprach mit GTZ-Mitarbeiter Peter Palesch, dem Alliance-Verantwortlichen für Strategien zur Stadtentwicklung.

Allianz gegen die Armut

Akzente: Welche Prozesse hat Cities Alliance innerhalb von fünf Jahren angestoßen?

Peter Palesch: Die Cities Alliance hat beachtliche Fortschritte auf mehreren Gebieten aufzuweisen. So führte der Austausch innerhalb der Cities Alliance dazu, dass Mitglieder neue Instrumente der direkten Zusammenarbeit mit den Städten entwickeln. Dennoch bleibt festzuhalten: Noch immer stellen sich zu wenige Staaten und Entwicklungsorganisationen politisch und strategisch darauf ein, das wirtschaftliche und soziale Potenzial zu fördern, das in der wachsenden Verstädterung steckt. Stattdessen sehen viele ein wichtiges Instrument zur städtischen Armutsbekämpfung immer noch darin, die Migration in die Städte zu bremsen.

Wie klappt die Zusammenarbeit mit den Gebern?

Die Mitglieder von Cities Alliance arbeiten auf mehreren Ebenen zusammen. Die jährliche Mitgliederversammlung ist eine hervorragende informelle Austausch- und Koordinationsplattform. Die Teilnehmer sind schätzungsweise für mehr als 90 Prozent aller Ausgaben in der städtischen Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich. In den Städten, die die Allianz unterstützt, wird ebenfalls sehr eng kooperiert. Natürlich ist eine Zusammenarbeit zwischen den doch sehr unterschiedlichen Organisationen nicht immer reibungslos. Die Kooperation der Entwicklungsorganisationen in den jeweiligen Projekten nimmt jedoch stetig zu. Eine interne Evaluierung der Projekte, die von der Allianz unterstützt werden, bestätigte: Die Zu-

sammenarbeit mehrerer Geberorganisationen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ein Mitglied der Cities Alliance brachte es während der ersten Evaluierung der Allianz-Aktivitäten auf den Punkt: „Wenn es die Cities Alliance nicht gäbe, müsste man sie sofort erfinden.“

Worin liegt der praktische Nutzen der Cities Alliance?

Die Cities Alliance unterstützt politisch entschlossene Städte dabei, eine mit allen Beteiligten abgestimmte langfristige Vision und Strategie zu entwickeln, auf deren Grundlage die Lebensbedingungen der Armen verbessert werden können. Wichtig dabei ist, dass die Potenziale der armen Bevölkerung mit einbezogen werden und bei der Planung von vornherein mögliche Investoren mit im Boot sitzen: zum Beispiel internationale Entwicklungsbanken oder lokale Investoren. Denn nicht die Planung steht im Vordergrund, sondern deren Umsetzung. Die Praxis zeigt: Mit relativ geringem Mitteleinsatz seitens der Cities Alliance lässt sich eine große Hebelwirkung erzeugen. Ein Beispiel: Die strategische Planung der Stadt Johannesburg war ein wichtiger Faktor dafür, dass lokale Investoren eine mehrere hundert Millionen Dollar umfassende Wertpapieremission annahmen. Und dies, obwohl die Stadt zu dem Zeitpunkt in ernsten Problemen steckte.

Warum startete die Allianz das Programm „Cities Without Slums“?

In den vergangenen 50 Jahren ist laut UN-Habitat die geschätzte Zahl der weltweit

in Slums lebenden Bevölkerung von 35 Millionen auf mehr als 900 Millionen gestiegen. In den nächsten 25 Jahren kommt wahrscheinlich eine weitere Milliarde Slumbewohner hinzu. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung werden herkömmliche Versuche der Slumsanierung wirkungslos bleiben. Politischer Wille, Ressorts übergreifendes Denken und die Partizipation der städtischen Armen sind nötig, um die rasch anwachsenden Slums zu sanieren, in das Stadtleben zu integrieren und neue Slums zu verhindern.

Was will das Programm erreichen?

Die Initiative „Cities Without Slums“ will bis zum Jahr 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern deutlich verbessern. Die Ziele des Aktionsplans spiegeln sich in den Millenniums-Entwicklungszielen wider. Kein anderes Millenniums-Entwicklungsziel befasst sich so ausdrücklich mit den stark wachsenden Elendsvierteln in den Städten der Entwicklungsländer. Das Programm mobilisiert öffentliche und private Ressourcen und stößt politische Reformen an, um neue Slums zu vermeiden. Die Initiative trägt dazu bei, dass immer mehr Städte und Länder ein Cities-Without-Slums-Programm beschließen. Eine Analyse von neun Ländern der Cities Alliance zeigt: Nicht die Armen sind Schuld an neuen Slums, sondern fehlender politischer Wille, politisches Versagen auf nationalen und kommunaler Ebene und nicht funktionierende Landmärkte. ➤

Die Fragen stellte Jens Heine.

Masterplan für



Thomas Veser | Text und Fotos

Der Merkato ist das Herzstück des informellen Sektors von Addis Abeba. Keine Verwaltung hat es jedoch bisher geschafft, die ausgedehnte Handelsansiedlung mit einer Infrastruktur auszustatten. Ein neuer Masterplan stellt die Selbstverwaltungskompetenz der Hauptstadt auf die Probe.

Mit verschränkten Armen steht die junge, ins traditionelle Frauengewand des äthiopischen Hochlands gekleidete Verkäuferin in ihrem winzigen Laden. Berge duftender Gewürze türmen sich vor ihr auf. Die Töpferware, die sie zusätzlich verkauft, ist zu beängstigend hohen Pyramiden gestapelt. Die Besitzer der Verkaufsstände im Merkato von Addis Abeba sind wahre Meister der Stapeltechnik. Der Platz auf dem pulsierenden Markt im Stadtteil Addis Ketema ist knapp bemessen. Rund 14 000 Händler bieten hier täglich vor allem Lebensmittel, Kleidung, Korbwaren und kunsthandwerkliche Gegenstände feil.

Der Merkato ist zweifellos das Herzstück des informellen Sektors der äthiopischen Hauptstadt. Aus praktischen Gründen dient das Gelände gleich als Wohnquartier. Rund 200 000 Menschen leben und arbeiten in diesem ökonomischen Zentrum, wo Geschäftsbücher unbekannt sind und städtische Verwaltungsvorschriften kein Kopfzerbrechen bereiten. Rund die Hälfte des nationalen Bargeldumsatzes wird

den Merkato

in dieser ausgedehnten Handelsansiedlung abgewickelt. Der Tagesablauf funktioniert nach ungeschriebenen Regeln. Zu den Bewohnern, die aus allen Landesteilen stammen, gesellen sich täglich bis zu 300 000 Pendler aus dem Umland. Vor allem die Zuwanderer aus den ländlichen Gegenden zieht der Markt magisch an. Wer sich bis zum Merkato durchgeschlagen hat, so hoffen die Migranten, hat Ausichten auf ein besseres Leben.

Die Neuankömmlinge werden freilich schnell eines Besseren belehrt. Zu viele Menschen teilen sich den knappen Platz im Merkato, wo der Stress den geplagten Menschen keine Verschnaufpause gönnt. In den vielen namenlosen Straßen herrscht Dauerstau. Die Wohnhäuser, ohne fließendes Wasser und ohne Kanalisation, müssten dringend renoviert werden. Die städtische Müllabfuhr kommt nur selten vorbei. Schulen fehlen, das Angebot an Krankenhausbetten ist völlig unzureichend, die Straßen haben keine Beleuchtung, und mit der Hilfe der Polizei kann im Notfall nicht gerechnet werden. Längst kann die überforderte Stadtverwaltung die Grundversorgung der Bewohner nicht mehr sicherstellen. Zwar beschließen die Behörden bisweilen Schritte, um die Situation zu verbessern; die unsystematische Vorgehensweise mit spontanen Reparaturarbeiten oder nicht angekündigten Veränderungen im Verkehrsfluss erwecken jedoch bei den Bewohnern meist den Eindruck, dass ihre Lage sich eher noch verschlechtert. Der Merkato, das wirtschaftlich aktivste Gebiet der äthiopischen Hauptstadt, hat sich zu einem Brennpunkt entwickelt.

Städte im Reformprozess

Das äthiopisch-deutsche Programm für städtische Management- und Politikentwicklung, das die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit der Stadtverwaltung und anderen Partnern unterstützt, will aus diesem Dilemma hinausführen. Das Programm ist Teil der landesweiten äthiopischen Verwaltungsreform in Addis Abeba und verschiedenen Mittelstädten in den Hauptregionen des Landes.

Die seit 1996 bestehende föderale Verfassung Äthiopiens sieht vor, dass neben den neun Landesregionen auch die Gemeinden mit einer kommunalen Selbstverwaltung ausgestattet werden, wie sie das mehr als 70 Millionen Einwohner zählende Land bisher nicht gekannt hat. Berater der GTZ halfen dabei, die City-Charta auszuarbeiten und Kommunalverfassungen in den vier größten Ländern der äthiopischen Bundesrepublik zu erstellen. Die City-Charta spricht Addis Abeba erstmals den Status einer selbst verwalteten Federal City zu. Die Stellung der Hauptstadt mit ihren rund 3,5 Millionen Einwohnern ist mit der eines Bundesstaates vergleichbar. Das äthiopische Bundesparlament setzte die Charta inzwischen in Kraft. Die Kommunalverfassungen wurden von den einzelnen Landesparlamenten verabschiedet.

Das zweifellos wichtigste Element der Charta und der Kommunalverfassungen: Addis Abeba und mehr als 70 weitere Städte erhalten eine kommunale Selbstverwaltung. Der neue Status be-



Stockender Verkehr:
Im Merkato, dem größten Handelszentrum von Addis Abeba, leben und arbeiten rund 200 000 Menschen. Eine noch größere Zahl von Pendlern verstopft täglich die Straßen von und zur Handelsansiedlung.



Runder Tisch:
Im Dialog mit
Händlern, Behörden,
Bewohnern und NGOs
geht der Prozess der
Marktsanierung voran.

inhalte das Recht zu Selbstorganisation und Steuerhoheit sowie die Pflicht, alle wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen. Die Kommunen erhielten neue Institutionen und Funktionsträger: einen Stadtrat, eine Stadtregierung, Bürgermeister-, Bezirksbürgermeister- und Bezirksamts-Ämter wurden geschaffen. Die vorläufig eingesetzten Stadtregierungen und Stadträte müssen sich in diesem Jahr allgemeinen Wahlen stellen.

Konzertierte Aktion

Die Lage	Unzureichende Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen, Sicherheitsprobleme, mangelhaftes Verkehrsmanagement und schlechte sanitäre Versorgung kennzeichnen den Merkato, das größte Handels- und Handwerkszentrum in Addis Abeba und Äthiopien.
Das Ziel	Bessere Infrastruktur und Dienstleistungen erhöhen die Leistungsfähigkeit des Merkato und sichern Arbeitsplätze im informellen Handel und im Dienstleistungssektor.
Das Konzept	Eine konzertierte Aktion setzt eine gemeinsam erarbeitete Entwicklungsstrategie um.
Die Partner	Stadtregierung, Stadtbezirksverwaltung, Verbände, Kammern, NGOs und Wirtschaftsunternehmen.
Die Kosten	Öffentliche Akteure und Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft tragen gemeinsam die Investitionskosten zur Umsetzung eines langfristigen Konzepts zur Stadtentwicklung.

Die Stadtverwaltung von Addis Abeba wird derzeit komplett reformiert. Die GTZ unterstützt auch diesen Prozess. „Politische Entscheidungen und städtische Dienstleistungen sollen auf die neuen Stadtbezirke verlagert werden, die mit eigenen politischen und administrativen Strukturen ausgestattet sind und weitgehende Kompetenzen erhalten“, sagt GTZ-Berater Gerhard Mai. Die Dezentralisierung soll städtische Dienstleistungen effizienter machen und für mehr Bürgernähe sorgen. Gerhard Mai: „In One Stop Shops kann der Bürger in seinem Stadtteil alle Verwaltungsgänge abwickeln, ohne ins Stadtzentrum fahren zu müssen.“

Typische Probleme

Addis Abeba, der unumstrittene politische, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt des Landes, bildet zweifellos das Herzstück der Reform. Mit ihren rund 3,5 Millionen Einwohnern aus 78 ethnischen Gruppen gilt die Hauptstadt als Spiegelbild des ganzen Landes. Urbane und ländliche Wohnformen liegen in Addis Abeba enger beieinander als in anderen afrikanischen Städten. Die kühlen Wolkenkratzer in der modernen City und die traditionellen Handwerkersiedlungen mit ihren unbefestigten, in der Regenzeit schlammigen Straßen, liegen nur einen Steinwurf auseinander. In den vornehmen Vierteln kommen im Schnitt fünf Bewohner auf einen Hektar Fläche, in den Spontansiedlungen und vernachlässigten innerstädtischen Armutssiedlungen hingegen mehr als 800 Menschen.

Die Spontansiedlungen am Stadtrand und die innerstädtischen Armutssiedlungen weisen die aus allen Großstädten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bekannten Kennzeichen auf: keine Rechtssicherheit der Bodennutzung, fehlende Infrastruktur und schlechte Wohnverhältnisse sowie andererseits soziale Netze und die Nähe zu Arbeit und Einkommen. Bis zu 70 Prozent der Stadtbewohner von Addis Abeba leben in diesen Gebieten; bis zu 80 Prozent von ihnen unterhalb der Armutsgrenze. Dieser bereits dramatische Zustand wird durch ein jährliches Bevölkerungswachstum von sechs bis acht Prozent weiter verschärft.

Die hieraus erwachsenden Probleme bekam Addis Abeba bisher nicht in den Griff. Keiner der zahlreichen, seit den 50er Jahren erarbeiteten Pläne für eine gelenkte Stadtentwicklung wurde umgesetzt. Selbst der letzte Masterplan aus dem Jahr 1986 erwies sich als bald als überholt, weil er zu statisch angelegt war. In seiner revidierten Form bilden der neue Masterplan und die Stadtentwicklungsstrategie nun jedoch die Grundlage für eine auf Nachhaltigkeit orientierte Stadtentwicklung. Die Definition von strategischen Entwicklungsprojekten brach mit den früheren rein restriktiv und regulativ ausgerichteten Planungsinstrumenten und -vorschriften. Die GTZ-Berater legen Wert darauf, dass weite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft daran beteiligt sind.



Testfall Merkato

Im Merkato testen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des äthiopisch-deutschen Projekts für nachhaltige Stadtentwicklung gegenwärtig, wie ein vorausschauendes, auf Beteiligung der städtischen Bevölkerung, des privaten Sektors und staatlicher Institutionen aufbauendes Stadtmanagement funktionieren kann. Berater der GTZ übernehmen eine vermittelnde Rolle und bringen Akteure an einen runden Tisch, die sich zuvor tunlichst aus dem Weg gegangen waren: Behördenmitarbeiter, Gewerbetreibende, Bewohner, NGOs und internationale Institutionen. Gemeinsam wollen sie die misstrauische Distanz zueinander überwinden und die Entwicklung des Stadtbezirks steuern. Um den Weg für die nötige Infrastruktur und für Investitionen frei zu machen, müssen nicht zuletzt unklare Eigentumsverhältnisse und Landnutzungsrechte geklärt werden.

Die mit Unterstützung der GTZ gebildete „Merkato Millennium Development Task Force“ bringt alle politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte des Merkato zusammen. Ihr Ziel: Erhaltung und Weiterentwicklung des Merkato. Die Mitglieder der Task Force diskutieren auf der Grundlage eines lokalen Entwicklungsplans, den Händler- und Bewohnervereine gemeinsam aufgestellt haben und der die Strategie zur Stadtentwicklung im Detail widerspiegelt. Die Bauhaus-Stiftung in Dessau gestaltete den Plan fachlich mit.

Der Dialog der Akteure brachte erste Resultate. Im Merkato kümmern sich künftig 250 Wachmänner um die Sicherheit. Reinigungspersonal achtet auf mehr Sauberkeit. Jeder Ladenbesitzer zahlt hierfür einen monatlichen Beitrag. Auf der Prioritätenliste stehen außerdem eine Müllabfuhr sowie der Bau und Unterhalt von sanitären Einrichtungen und Fußwegen. Wo immer möglich, sollen Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft künftig entsprechende Aufgaben übernehmen. „Die neuen Entwicklungen im Merkato ermöglicht es allen Beteiligten, Erfahrungen zu sammeln und Misstrauen abzubauen“, sagt Gerhard Mai und fügt hinzu: „Allmählich werden die Menschen hier erkennen, dass die Arbeit der neuen Regierung die Rechts- und Planungssicherheit vergrößert, dass sie am Wandel beteiligt werden und dass die Transparenz zunimmt.“

Der Weg zu einer offenen und transparenten Zusammenarbeit ist noch lange nicht zu Ende. Die Stadtverwaltung muss ihre Versprechungen zum beschleunigten Ausbau der Infrastruktur einlösen. Neue Mechanismen der Stadterneuerung müssen konzipiert, diskutiert und angewendet werden. In einigen Fällen wird es nötig sein, Gebiete umzuwidmen, Menschen umzusiedeln, zu entschädigen und neue Wohn- und Arbeitsformen einzuführen. Der Prozess verpflichtet alle Seiten zur Bereitschaft und zur Geduld, überholte hierarchische Verhaltensnormen über Bord zu werfen und Umgangsformen zu pflegen, die auf Dialog, Pluralismus und demokratischem Verständnis beruhen. ☐

Der Autor schreibt für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.

Low Cost Housing:

Großauftrag zum Wohnhausbau

Die Stadtverwaltung von Addis Abeba hat die GTZ mit dem Bau von jährlich mindestens 10 000 Wohneinheiten beauftragt. Mehr als 8000 Apartments an 19 Baustellen in der äthiopischen Hauptstadt sind derzeit im Bau oder bereits fertiggestellt. Der äthiopische Premierminister Meles Zenawi hatte im vergangenen Jahr das erste Pilotprojekt im Beisein des GTZ-Geschäftsführers Wolfgang Schmitt eingeweiht. Die äthiopische Regierung lässt jetzt prüfen, ob sich die Low-Cost-Housing-Technologie der GTZ auch für den Bau aller öffentlichen Gebäude im ganzen Land eignet.

Den Anstoß für den Großauftrag gab eine regionale Komponente der Technischen Zusammenarbeit zur Förderung des Wohnungsbaus mit Einfachtechnologie in der Provinz Tigray, kurz: Low Cost Housing. Arkebe Oqubay, Bürgermeister von Addis Abeba, ließ sich damals vom Konzept überzeugen. Ruth Erlbeck, Leiterin des GTZ-Teams im Projekt: „Wir konnten Baupreise anbieten, die bis zur Hälfte unter den gängigen lagen.“

Der Großauftrag der Stadt Addis Abeba ergänzt das Projekt zur Förderung des Wohnungsbaus mit Einfachtechnologie, das die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt. Das Low-Cost-Housing-Projekt berät die Stadtverwaltung dabei, Programme zur kostengünstigen Wohnraumversorgung zu planen und umzusetzen. Das Projekt unterstützt ferner die Aus- und Fortbildung lokaler Kräfte und fördert kleine sowie mittlere Betriebe der Bauwirtschaft. GTZ International Services, zuständig für das Geschäft mit anderen Auftraggebern als der Bundesregierung, wickelt jetzt die Bauprojekte in der Stadt Addis Abeba technisch und finanziell ab. Hauptziel ist es, Abhilfe für die extreme Wohnungsnot zu schaffen, die Bauqualität zu verbessern und zugleich Arbeitsplätze zu schaffen.

„Die Low-Cost-Housing-Technologie steht für kostengünstiges, hochwertiges und nachhaltiges Bauen“, sagt Ralph Trosse, Technischer Berater des Projekts, und ergänzt: „Wer einziehen will, muss Eigentümer werden und 30 Prozent der Baukosten anzahlen.“ Der Rest wird über Baukredite mit einer Laufzeit von 15 Jahren finanziert. Die Vorfinanzierung übernimmt die Stadtverwaltung. Ruth Erlbeck: „Auf diese Weise möchten wir Eigenverantwortung und Ownership bei den Bewohnern fördern. Beides wirkt sich positiv auf Reparaturen, Wartung und Pflege der Einrichtungen aus.“ ☐





Tritt auf die Verkehrsbremse

Malte Kessler, Text | Valeriu Pana, Fotos

Hermannstadt (Sibiu) in Rumänien hat seinem Konzept zur Stadtentwicklung einen wichtigen Mosaikstein hinzugefügt. Behörden und Bewohner wissen inzwischen: In der Altstadt leben heißt mehr als Wohngebäude zu sanieren. Der öffentliche Raum steht zur Debatte. Und mit ihm der Autoverkehr.



Warum? Etwa wegen des guten Rufs, den Deutsche immer noch in Rumänien haben, das 2007 der Europäischen Union beitreten will? Oder weil die pragmatischen Hermannstädter sich über einen deutschstämmigen Bürgermeister Investitionen aus Deutschland versprechen? Fakt ist: Ausländische Investoren haben Hermannstadt und Umgebung zu ihrem Standort gewählt. Die Region entwickelt sich schnell, die Stadt blüht auf und bereitet sich auf das Beitrittsjahr vor, das gleich einen kulturellen Knüller bieten wird: Hermannstadt soll in zwei Jahren gemeinsam mit Luxemburg eine Kulturhauptstadt Europas sein. Mit seiner historischen Altstadt bewirbt Hermannstadt sich außerdem bei der UNESCO um den Status als Weltkulturerbe. Diese Entscheidung soll bereits 2006 fallen. Und bis dahin soll auch das jüngste rumänisch-deutsche Projekt umgesetzt sein: die Verkehrsberuhigung in der historischen Altstadt von Sibiu.

Die GTZ unterstützt die Stadt seit Ende der 90er Jahre bei der Altstadtsanierung. Dies geschieht im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seit Beginn des Projekts berät das GTZ-Büro Einwohner, die ihre Wohngebäude gegen weiteren Verfall sichern und schrittweise sanieren wollen. Die öffentlichen Plätze, ihre Zuwege und Treppen sowie die Stadtmauern und Stadttore des historischen Kerns befanden sich ebenfalls in einem desolaten Zustand und müssen neu gestaltet werden. Behörden und Architekten sahen daher schnell ein: In der Altstadt zu leben, bedeutet mehr als Wohngebäude zu sanieren. Im rumänisch-deutschen Projekt greifen deshalb nun Raum- und Verkehrsplanung ineinander. Die Sanierung und Neugestaltung des öffentlichen Raums geht einher mit der Verkehrsorganisation.

Integrierte Planung

Zu viele Personen- und Lastkraftwagen kreuzten das Zentrum und kürzten durch ihre Wege durch die engen Gassen ab. Die malerischen Plätze in der Innenstadt



waren völlig zugeparkt und standen damit für andere Funktionen nur eingeschränkt zur Verfügung. Der überörtliche Durchgangsverkehr rollt ebenfalls zum Teil noch durch die Hermannstädter City; so lange zumindest, bis die Umgehungsstraße im Westen der Stadt fertig ist. Ein Zustand, der dieser ungewöhnlichen Stadt nicht gerecht wird.

Das Konzept zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt steht inzwischen fest. Die drei großen historischen Plätze, der Große und der Kleine Ring sowie der Huet-Platz werden autofrei gehalten. Die Fahrzeuge dürfen die historische Altstadt nicht mehr kreuzen, und die Parkflächen auf den Plätzen werden abgeschafft oder wesentlich verringert.



Öffentlicher Raum: Die Lugenbrücke über den Kleinen Ring von Sibiu ist eine der vielen schmiedeeisernen Kunstwerke, die der Altstadt ihren Flair verleihen. Auch die Schlaglöcher auf dieser Straße in der Nähe des Großen Rings (rechts) werden bald einer neuen Fahrbahndecke weichen.

Hermannstadt ist gut für Überraschungen. Der Besucher staunt in Sibiu, wie die Stadt auf Rumänisch heißt, über eine mittelalterliche Architektur, die eher deutsch anmutet. Vor mehr als 800 Jahren kamen Siedler von Mosel und Niederrhein hierher und bauten ein blühendes Zentrum des Handels, Handwerks und der Künste auf. Die nächste Überraschung: Nur noch wenige Familien der Siebenbürger Sachsen leben hier, und trotzdem haben die rund 170 000 Hermannstädter einen deutschen Bürgermeister. Im Sommer vergangenen Jahres wählten sie Klaus Johannis zum zweiten Mal ins Amt und die Vertreter der deutschen Minderheit in den Stadt- und Kreisrat.

Große Pläne:
Steffen Mildner leitet
seit fünf Jahren das
GTZ-Büro in Sibiu,
wie Hermannstadt auf
Rumänisch heißt.
In zwei Jahren soll
das Altstadtzentrum
autofrei sein.



Das Parken auf den Straßen der Innenstadt folgt ebenfalls neuen Regeln. Bürgermeister und Stadtrat billigten das Konzept. „Und jetzt wird's umgesetzt“, sagt Projektkoordinator Steffen Mildner, der seit fünf Jahren das Hermannstädter GTZ-Büro leitet. Ein Großteil des Geldes hierfür kommt von der KfW Entwicklungsbank. Ein KfW-Zuschuss in Höhe von 1,5 Millionen Euro fließt je zur Hälfte in die Sanierung von Wohngebäuden und Sozialeinrichtungen sowie in die Sanierung des öffentlichen Raums. Das GTZ-Büro wickelt die Finanzierung ab.

Die Verkehrssituation in Hermannstadt sei im Vergleich zu anderen Städten noch nicht dramatisch, meint Steffen Mildner. Weil in der Altstadt viele arme und alte Leute wohnen, hält die Zahl der Autos sich noch in Grenzen. „Aber das ändert sich schnell; wir müssen vorausdenken und der Entwicklung zuvor kommen“, sagt Steffen Mildner. Wie verhindern wir es, dass die Autos überhand nehmen? Diese Frage könne nicht früh genug gestellt werden. Schon jetzt steht fest: Der Autoverkehr beeinträchtigt den Erlebniswert der Stadt.

Das angelaufene Programm will hauptsächlich den Verkehr verbannen, der die Altstadt kreuzt. Das ist zum Großteil bereits gelungen. Das neue Einbahnstraßensystem zeigt Wirkung. Weitere Straßen werdenverkehrsberuhigt als Spielstraßen

und Tempo-30-Zonen eingerichtet. Zonen zum Kurz- und Anwohnerparken läuten die neue Zeit ein. Nicht zuletzt blockieren die zahlreichen Baustellen in der Innenstadt wirkungsvoll die Durchfahrt.

Ein weiterer Nebeneffekt dieser Baustellen: Sie erschweren das Besucherparken in der Altstadt und bereiten die Menschen schon mal seelisch auf eine autofreie Innenstadt vor. Im vergangenen Sommer war das Parken auf dem

Huet-Platz unmöglich, weil alle Trinkwasser- und Abwasserleitungen erneuert wurden. Am Kleinen Ring geht's weiter. Im Kulturhauptstadt-Jahr 2007 soll alles abgeschlossen sein. „Der Termindruck ist groß, aber er darf die Arbeit nicht beeinträchtigen“, sagt Steffen Mildner. Die Mitarbeiter im GTZ-Team des rumänisch-deutschen Projekts kontrollieren und sichern deshalb die Qualität. Im stillen Einverständnis mit den Stadtvätern drücken sie schon mal ein Auge zu, wenn Erdhaufen und Bauschutt nach Abschluss der Bauarbeiten liegen bleiben. Hauptsache, sie hindern die Autofahrer daran, den Weg vor dem historischen Ratsturm aus dem 15. Jahrhundert schon wieder als Abkürzung zu benutzen ...

Verständnis für die integrierte Altstadtsanierung zu finden, war anfangs schwierig; bei Behörden und Bewohnern gleichermaßen. Nicht nur der auf Gebäudesanierung verkürzte Begriff von Altstadtsanierung musste geistig zu den Akten gelegt werden. Viel zu kurzfristig wäre es auch, das Rohrnetz nur an jenen Stellen anzupacken, wo kein Wasser mehr aus der Leitung kommt oder nichts mehr abfließt. Das ganze



Netz steht zur Disposition. Mehr noch: Zu einer integrierten Altstadtsanierung gehört der gesamte öffentliche Raum, die gesamte Infrastruktur, der Verkehr, die Revitalisierung und die Stärkung des Einzelhandels. „Zu einer lebendigen Altstadt gehört mehr als schön anzusehende renovierte Häuser“, sagt Steffen Mildner. Die anfangs spürbare Zurückhaltung der Bewohner und Autofahrer gegenüber weit reichenden Eingriffen weicht inzwischen der Einsicht, dass zukunftsorientierte Aspekte in die Neugestaltung der historischen, das Stadtbild prägenden Plätze einfließen müssen.

Sanierungsträger gesucht

„Wir führen intensive Diskussionen mit der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister über die Frage der Nachhaltigkeit, also auch darüber, wie es weitergehen soll, wenn die Projektförderung eingestellt wird“, sagt Steffen Mildner. Eine brisante Frage, nicht zuletzt weil die 170 000 Einwohner von Hermannstadt mit nur 200 Beamten eine sehr schlanke Verwaltung haben. Ohne das GTZ-Büro könnte diese viele Aufgaben gar nicht wahrnehmen. „Ein

Konsens sieht vor, dass ein Sanierungsträger unsere Arbeit weiterführt“, sagt der GTZ-Büroleiter. Dies werde voraussichtlich eine Stiftung nach rumänischem Recht sein, an der die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Die lokalen Mitarbeiter, die „inzwischen voll in der Materie drin“ seien, würden die Beratungs- und Förderprogramme zur Altstadtsanierung fortsetzen, inklusive der Verkehrsverbesserung. Dieser Sanierungsträger soll bis 2006 startklar sein.

Bis dahin werden die von öffentlichen Plätzen verbannten Autos voraussichtlich im Randgürtel der Altstadt parken. Eine Zählung soll ergeben, wie viele Besucher genau derzeit in der Altstadt parken und außerhalb Stellplatz benötigen. „Die hierfür benötigten Flächen haben wir bereits mit der Stadt festgelegt“, sagt Verkehrsplanerin Karin Roßmark vom GTZ-Team. Viel freie Fläche bietet das Bahnhofsareal. Der Blumenmarkt wird wohl ins Zentrum verlegt.

Mit seiner Verkehrsberuhigung steht Hermannstadt nach Ansicht der GTZ-Fachleute im internationalen Vergleich sehr gut da. Das Konzept dazu war auch Thema von Gesprächen, die mit den



Auf und ab:
Viele Treppenpassagen führen von der Unter- in die Oberstadt. Die Passanten für ein neues Stadtbild zu begeistern, war anfangs schwierig. Ihr Begriff von Altstadtsanierung war lange Zeit auf Gebäudesanierung verkürzt.

Vertretern der UNESCO und Regierungsvertretern von Luxemburg geführt wurden. Alle sind sich einig: Wenn Hermannstadt 2007 europäische Kulturhauptstadt wird, muss die Stadt sich präsentieren und Besucher empfangen können. Ordentlich organisierte Parkplätze und ein autofreies Altstadtzentrum gehören da dazu. ☉

Malte Kessler ist freier Journalist in Bukarest. Valeriu Pana ist Fotograf und lebt ebenfalls in Bukarest.



Impulse für den öffentlichen Raum

Die Lage	Die Altstadt von Hermannstadt in Rumänien ist ein Kulturdenkmal von internationalem Rang, dessen Gebäude, Infrastruktur und öffentliche Anlagen verfallen.
Das Ziel	Die Stadt setzt einen auf Denkmalschutz, Kostenersparnis und partizipative Sanierung ausgerichteten Prozess in Gang, der sich nicht allein auf Wohngebäude beschränkt, sondern auch das Bauhandwerk fördert, den öffentlichen Raum neu gestaltet und den Verkehr beruhigt.
Das Konzept	Die GTZ baut ein Altstadt-Beratungsbüro auf, fördert Modellprojekte und unterstützt die Verwaltung dabei, Steuerungs- und Kontrollinstrumente zu entwickeln.
Die Partner	Die Bevölkerung der Altstadt, die Stadtverwaltung, NGOs und das Kulturministerium.
Die Kosten	Das BMZ unterstützt die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit zur Altstadtsanierung in Hermannstadt mit rund 5,5 Millionen Euro.

Die Welt wird Stadt



Günter Meinert



Angelika Hutter

Günter Meinert,
Angelika Hutter

In 25 Jahren leben zwei Drittel aller Menschen in Städten. Mit der Einwohnerzahl wachsen die Ansprüche an die Rathäuser. Sie müssen wirtschaftliche Strukturen anpassen, die Daseinsvorsorge sichern, eine multikulturelle Bevölkerung integrieren und den Verbrauch natürlicher Ressourcen begrenzen. Mit prozessorientierten Leistungen trägt die GTZ im Auftrag des BMZ zu guter städtischer Regierungsführung bei.

UN-Generalsekretär Kofi Annan spricht vom Urban Millennium, dem Jahrtausend der Städte. Und er hat allen Grund dazu. Täglich steigt die Zahl der Stadtbewohner um 180 000. Der Handlungsdruck auf Stadtpolitiker und Verwaltung ist gewaltig. Doch die politischen und administrativen Steuerungskapazitäten halten mit der Dynamik der Stadtentwicklung nicht mit. Konflikte nehmen zu, und traditionelle Strukturen erodieren. Chronische Defizite in der Regierungsfähigkeit stellen viele Städte, besonders in den Entwicklungsländern, schon jetzt vor schier unlösbare Probleme.

Gleichwohl übt die Stadt weiterhin einen faszinierenden Einfluss auf die Menschen aus. Schon allein wegen der enormen Anziehungskraft von Urbanität, und nicht nur wegen besserer wirtschaftlicher Chancen in den Städten, wird die Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten anhalten. Das Verhältnis von Chancen und Gefahren für das Leben in der Stadt von morgen wird dabei entscheidend von zwei Faktoren abhängen. Davon, ob es gelingt, möglichst viele Menschen an den Chancen partizipieren zu lassen. Und zweitens davon, ob belastbare Regeln für das schwierige Miteinander sozial, kulturell und ethnisch sehr unterschiedlicher Gruppen verhandelt und eingehalten werden können. Die Wirkungen solcher Lösungen – oder auch ihres Scheiterns – sind längst nicht mehr nur lokal. Städte vernetzen sich immer stärker national und international, Menschen wechseln den Arbeitsort, tauschen sich aus, werden von Medien informiert. Was in einer Stadt passiert, strahlt auf andere aus; in Zukunft noch mehr als heute.

Demokratie ist in Städten direkt erlebbar und wird auch eingefordert. Hinzu kommt die wachsende politische Bedeutung von Städten bei der Dezentralisierung und Demokratisierung. Beide Prozesse verla-

gern beträchtliche Entscheidungskompetenzen sowie Finanzmittel für öffentliche Ausgaben von der nationalen Ebene auf die Städte und Gemeinden. Das Gemeinwesen Stadt, die Polis, ist also nicht nur wortgeschichtlich die Grundlage der Politik. Kommunen, ob groß oder klein, werden in vielen Ländern zu einem neuen Machtfaktor, der Einfluss auf die nationale Politik ausübt. Die Einflussnahme erfolgt zum Beispiel über Städteverbände oder über einflussreiche Bürgermeister, aus deren Reihen oft genug Minister oder sogar Regierungschefs aufsteigen. Die Bedeutung der Städte für Entwicklungsprozesse rückt stärker ins Bewusstsein und beeinflusst ebenfalls die Agenda internationaler Organisationen. Die kürzlich erfolgte Gründung des Weltverbandes der Städte und Gemeinden (UCLG) ist ebenso Ausdruck davon wie das Motto der Weltausstellung 2010 in Shanghai: „Better City, better Life“.

Zeitgemäße Ansätze zur Kooperation

Angeht dieses Panoramas und seiner vielen Facetten drängt sich die Frage auf: Was kann die Technische Zusammenarbeit dazu beitragen, die immensen Probleme zu bewältigen? Seit rund 30 Jahren fördert die GTZ die Stadtentwicklung; derzeit in mehr als 100 von ihr unterstützten Projekten mit städtischem Bezug. Unsere Entwicklungsfachleute unterstützen Integrierende Lösungsstrategien, Good Urban Governance, Capacity Development und tragen dazu bei, Rahmenbedingungen zu verbessern.

Oft geht es in der Stadtentwicklung um technische Aspekte: um den Aufbau städtischer Infrastruktur, öffentlicher Dienstleistungen und Kataster sowie um armutsorientierte Gewerbeförderung. Die GTZ tritt hier als Wissensvermittler auf. Unsere Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter greifen zurück auf ihre umfangreichen Erfahrungen aus vielen Projekten und Gremien. Sie stellen Fachexpertise zusammen, wie sie im konkreten Fall benötigt wird. Die Fachberatung unterstützt die Stadtverwaltung dabei, ökologische, ökonomische und soziale Folgen von Stadtentwicklung abzuschätzen. Oft zeigt sich dann, dass integrierte Lösungen nötig sind, die mehrere Problemkreise gleichzeitig angehen. Ein Beispiel hierfür sind Projekte zur Stadtsanierung, die Arbeit und Wohnen, Infrastruktur und Denkmalschutz in einer fachlich übergreifenden Strategie fördern.

Schon heute verbrauchen die Städte enorme Mengen an natürlichen Ressourcen. Neuere Instrumente des Stadtmanagements, wie die ökologische Haushaltsführung oder der ökologische Fußabdruck, belegen dies. Die Müllberge wachsen, die Abwasserströme schwellen an, und die Konzentration der Abgase nimmt zu. Die Gesundheit vieler Millionen Stadtbewohner leidet, und Satellitenbilder verdeutlichen bereits die globalen Auswirkungen: Weite Meeresabschnitte sind belastet. In Südostasien bildet sich eine braune Wolke von beinahe kontinentalem Ausmaß.

Was die ökonomische Seite betrifft, so weisen die rauchenden Schloten – wie früher bei uns – zweifellos auf wirtschaftlichen Erfolg hin. Die Städte schaffen in vielen Ländern den Löwenanteil an der nationalen Wertschöpfung. Als Innovationszentren und Anziehungspunkte für nationale und internationale Investitionen erzeugen sie den größten Teil des wirtschaftlichen Zuwachses. Das Wirtschaftswachstum in Asien wird zu 80 Prozent von Städten ausgehen. Die beeindruckenden Skylines der Globalisierungsgewinner täuschen aber nicht darüber hinweg, dass die nachholende Entwicklung leider auch die nicht nachhaltigen Entwicklungspfade der Industrieländer beschreitet. Neben den Gewinnern steht die große Zahl der Verlierer: Länder, Städte und Menschen, die im Wettbewerb nicht bestehen können. Selbst in wirtschaftlich starken Standorten partizipieren große Teile der Bevölkerung nur marginal am Wachstum. Immer mehr Arme drängen in den informellen Sektor, wo die Arbeitsplätze aber zurückgehen und die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern.

Dieses *race to the bottom* zeigt sich auch im äußeren Erscheinungsbild der Städte. Stadtviertel verfallen, an den Stadträndern entstehen Slums und ausgedehnte informelle Siedlungen. In Afrika südlich der Sahara leben 72 Prozent aller Stadtbewohner in Slums, weltweit sind es fast 900 Millionen Menschen. Das Millenniumsziel, bis zum Jahre 2020 die Lebensbedingungen von 100 Millionen Slumbewohnern signifikant zu verbessern, nimmt sich dagegen fast bescheiden aus. Allein dieses Ziel zu erreichen, erfordert enorme zusätzliche Anstrengungen der Städte, der nationalen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft.

Zukunftsfaktor Teilhabe

Gute Lösungen bedürfen der Mitarbeit vieler, damit sie umgesetzt werden können. Die betroffenen Bür-

ger müssen an den für die Entwicklung ihrer Stadt wichtigen Entscheidungen partizipieren. Nur so lassen sich ihre Standpunkte besser verstehen und Konflikte bewältigen. Teilhabe bewegt die Menschen zur Mitarbeit. Gerade arme Bevölkerungsgruppen benötigen dabei Unterstützung, damit sie ihrer Position Gehör verschaffen können. Damit Privatunternehmen öffentliche Dienstleistungen erbringen können, bedarf es geeigneter Modelle zur Betriebsführung. Die Stadtverwaltungen sind gefordert, ihre Entscheidungen gut zu begründen, ihren Aufwand und die Ergebnisse transparent zu machen. Entwicklungsprojekte schaffen Modellfälle. Auf dieser Grundlage werden Prinzipien und Vorgehensweisen einer Guten Regierungsführung in der öffentlichen Diskussion und der politischen Agenda verankert.

Angesichts der Fülle städtischer Probleme und knapper kommunaler Mittel mag der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit bescheiden anmuten. Doch ein zeitgemäßer Kooperationsansatz hat nicht den Anspruch, einen problematischen Sachverhalt nach dem anderen abzuarbeiten und somit den Gesamtkomplex Stadtentwicklung zu lösen. Die GTZ erhöht die Fähigkeiten der Beteiligten, ihre Probleme selbst zu lösen. Die Wissensvermittlung ist dabei nur ein Teilaspekt. Lebendige Projekterfahrung und eingeübtes zielführendes Vorgehen verändert Haltungen, Sicht- und Arbeitsweisen. Dies gilt für Menschen ebenso wie für Organisationen, die von den GTZ-Methoden der Organisationsentwicklung profitieren. Neue Formen dringend notwendiger Zusammenarbeit zwischen Gruppen und Organisationen bilden sich ebenfalls häufig erst durch ein Projekt heraus.

Müssen Probleme auf neuen Wegen bewältigt werden, so zeigt sich jedoch oft, wie lückenhaft und beschränkt die Rahmenbedingungen sind, die eine Zentralregierung vorgibt. Um Projektstrategien nachhaltig verankern zu können, trägt die GTZ deshalb dazu bei, staatliche Sektorpolitiken zu modifizieren, Förderinstrumente zu entwickeln oder Gesetze und Richtlinien anzupassen. Projekte zur Stadtentwicklung arbeiten mit Städteverbänden und Ministerien zusammen. Gemeinsam werden auf der Basis erprobter Lösungen fachlich fundierte Entscheidungsvorlagen erarbeitet. Umfangreiche Abstimmungsprozesse unterstützen die politische Willensbildung und die Akzeptanz von Reformen.

Die Kunst der Technischen Zusammenarbeit im Stadtmanagement besteht darin, genau jenen Mix aus Fach-, Organisations- und Umsetzungsberatung anzuwenden, der einer besonderen Situation entspricht und die Steuerungsfähigkeit aller an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure stärkt. Die GTZ bietet hierzu prozessorientierte Leistungen an. Ihr Slogan könnte in Anlehnung an das Motto der nächsten Weltausstellung lauten: „Better Management for Better Cities“. ●

Günter Meinert ist Leistungsschwerpunktmanager Nachhaltige Stadtentwicklung.
Angelika Hutter ist Fachplanerin im Kompetenzfeld Regionalisierung, Dezentralisierung, Kommunal- und Stadtentwicklung.